

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 15.03.2010

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Ingo Diller
Ratsherr Gordan Dudas
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Horst Eick
Ratsfrau Eveline Haue
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsherr Stefan Hoffmann
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsfrau Sandra Knoblauch
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Christel Gabler
Ratsherr Rüdiger König
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel
Ratsherr Stefan Pietzner
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Jürgen Sager
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Ratsherr Björn Weiß
Ratsherr Karsten Weller

Ratsherr Rüdiger Wilde

abwesend zu den Tages-
ordnungspunkten 1 bis 5 der
nicht öffentlichen Sitzung

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch
Ratsfrau Anette Schwarz
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse
Ratsfrau Kirsten Petereit
Ratsfrau Tanja Tschöke

ab 17:05 Uhr

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Peter Biernadzki
Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker
Herr Martin Bärwolf

Herr Sven Haarhaus

Frau Petra Noack

Frau Susanne Gerlach

bis Tagesordnungspunkt 9 der
öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
bis Tagesordnungspunkt 6 der
öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:43 Uhr

1. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Bürgermeister Dzewas verpflichtet Ratsherrn Wilde, der ihm die Verpflichtungsformel nachspricht und anschließend die Niederschrift über die Verpflichtung unterzeichnet.

Es wird eine Gedenkminute für die verstorbene Ratsfrau Ulrike Kopp eingelegt.

2. Hebesatzsatzung Vorlage: 009/2010

Ratsfrau Linnepe spricht sich für eine Erhöhung der Grundsteuer B aus und appelliert, wie auch bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 01.03.2010, an die Fraktionen, dieser Erhöhung ebenfalls zuzustimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt nachstehenden Beschluss mit Stimmmehrheit ab.

Beschluss:

Die beigefügte Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Gemeindesteuern in der Stadt Lüdenscheid (Hebesatzsatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 43

3. Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung Vorlage: 001/2010

3.1. Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung/ 1. Ergänzung Vorlage: 001/2010/1

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt nachstehenden Beschluss mit Stimmmehrheit ab.

Beschluss:

Die dieser Beschlussvorlage beigefügte „Erste Satzung zur Änderung der Elternbeitragsatzung“ wird mit Wirkung vom 01.08.2010 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 46

4. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung Vorlage: 026/2010

Ratsherr Holzrichter erkundigt sich, ob durch die Umstellung von den bislang vierteljährlichen Steueranmeldungen auf monatliche Steuerabrechnungen mit einem Mehraufwand für die Stadt Lüdenscheid zu rechnen sei. Des Weiteren fragt er nach, ob gegebenenfalls indirekte Steuererhöhungen erzielt würden, da aufgrund der neuen Abrechnungsmodalitäten negative Einspielergebnisse aus einem Monat nicht mehr mit Einnahmen aus dem Quartal verrechnet werden könnten.

Stadtkämmerer Blasweiler teilt hierzu mit, dass aufgrund der Umstellung kein nennenswerter Mehraufwand auf die Stadt Lüdenscheid zukomme. Negative Einspielergebnisse kämen in der Praxis so gut wie nie vor.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Lüdenscheid (Vergnügungssteuersatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

**5. Haushalt
hier: Regionale 2013
Vorlage: 029/2010**

Ohne Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Haushaltsmittel für die Regionale 2013 werden in den Haushaltsplänen und in den Dringlichkeitslisten für Investitionen der Haushaltsjahre 2011, 2012 und 2013 mit oberster Priorität –ausgehend von einer Förderquote von 90 %- mit jeweils 800.000 € jährlich veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

**6. Bürgerbegehren gegen die Errichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes
auf dem Jahnplatz
Vorlage: 031/2010**

Bürgermeister Dzewas erteilt Frau Owen, Initiatorin des Bürgerbegehrens, das Wort.

Frau Owen bedankt sich zunächst bei den Bürger/innen, die das Bürgerbegehren unterstützt hätten. Rund 6.000 Unterschriften seien bei der Bürgerinitiative gegen die Errichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes zusammen gekommen. Diese Bürger/innen hätten dafür votiert, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht für diese Einzelmaßnahme ausgegeben werden sollten. An allen Ecken und Enden fehle das Geld. Aus diesem Grunde forderten die Bürger/innen, dass mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II andere wichtigere Maßnahmen finanziert würden. Eindeutiger Tenor, bei denen, die die Bürgerinitiative unterstützt hätten, sei unter anderem, dass bereits heute für die bestehenden Spielplätze kein Geld zur Verfügung stünde. Ebenfalls müssten die Folgekosten für den Mehrgenerationenspielplatz bedacht werden.

Die gemeinsame Forderung der Bürgerinitiative an den Rat der Stadt Lüdenscheid laute, die Meinung der Bürger/innen zu respektieren und dem Bürgerbegehren stattzugeben.

Ratsherr Wülfrath erkundigt sich, warum die Bürgerinitiative von rund 6.000 Unterschriften spräche und in der Beschlussvorlage 3.960 gültige Stimmen aufgeführt seien.

Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass die Verwaltung sich in Abstimmung mit den Initiatoren der Bürgerinitiative darauf verständigt habe, die aufwändige Prüfung der Stimmen zu dem Zeitpunkt einzustellen als die für das Bürgerbegehren benötigten Unterschriften vollständig gewesen seien.

Ratsfrau Tschöke teilt mit, dass ihre Fraktion dem Bürgerbegehren nicht stattgeben werde. Als Begründung führt sie aus, dass 6.000 Unterschriften zwar viel - aber nur knapp 10 % aller Lüdenscheider Wahlberechtigten ausmache. Sie halte es aufgrund dieser Initiative für richtig, nun auch allen Bürger/innen, die Möglichkeit einer demokratischen Entscheidung zu geben und dies könne nur durch einen Bürgerentscheid geschehen.

Ratsherr Pietzner fragt an, ob die Planungen für einen Mehrgenerationenspielplatz bis zum Bürgerentscheid ausgesetzt würden.

Bürgermeister Dzewas antwortet hierauf, dass in der letzten Ratssitzung beschlossen worden sei, keine weiteren externen Planungsaufträge zu vergeben, so dass auch keine zusätzlichen Kosten bis zu einer Entscheidung anfallen würden. Es sei aber notwendig, die Planungen weiterzuverfolgen, damit mit der Umsetzung begonnen werden könne, sollte eine Mehrheit für einen Mehrgenerationenspielplatz stimmen.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass eine weitere Diskussion, wer für die anfallenden Kosten für einen Bürgerentscheid verantwortlich sei, nicht mehr geführt werden müsse. Wichtig sei aber, dass die Fraktionen frühzeitig einen gemeinsamen Konsens erzielen, wie die Mittel aus dem Konjunkturpaket II verwendet würden, sollte sich eine Mehrheit am 09.05.2010 gegen die Errichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes aussprechen. Er befürchte, dass ansonsten die für Lüdenscheid zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr rechtzeitig ausgegeben werden könnten.

Ratsfrau Linnepe bittet die Verwaltung, für die Folgekosten des Mehrgenerationenspielplatzes eine ungefähre Größenordnung zu beziffern. Bürgermeister Dzewas erwidert hierauf, dass dies nicht möglich sei, da keine Aussage über die Ausgestaltung des Platzes gemacht werden könne.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über die Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschlüsse:

1. Der Rat stellt fest, dass das am 10.03.2010 eingereichte Bürgerbegehren „Sind Sie gegen die Errichtung eines Mehrgenerationen-Spielplatzes auf dem Jahnplatz? rechtlich zulässig ist.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

2. Der Rat entscheidet, ob dem Bürgerbegehren gefolgt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 30

3. Für den Fall, dass dem Bürgerbegehren nicht gefolgt wird,
- 3.1 legt der Rat die Durchführung des Bürgerentscheides auf den Tag der Landtagswahl am 09.05.2010 fest,
 - 3.2 stimmt der Rat der Ersten Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Durchführung von Bürgerentscheiden zu,
 - 3.3 stellt der Rat die für die Durchführung des Bürgerentscheides benötigten Mittel in Höhe von 97.446 Euro im Haushalt 2010 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

7. Antrag der Fraktion Lüdenscheider Liste; Ermittlung der Kosten für einen Bürgerentscheid - Mehrgenerationenspielplatz

Bürgermeister Dzewas verweist darauf, dass die ermittelten Kosten der Vorlage 031/2010 „Bürgerbegehren gegen die Errichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes auf dem Jahnplatz“ als Anlagen beigefügt seien.

8. Antrag der Fraktion Lüdenscheider Liste vom 07.03.2010 sowie Änderungsantrag von Ratsherrn Haase; Zusammenlegung von Ausschüssen

Ratsherr Biernadzki trägt den Antrag der Fraktion Lüdenscheider Liste vor.

Ratsherr Haase bezieht sich auf seinen zurückgezogenen Änderungsantrag in der konstituierenden Sitzung des Rates am 30.10.2009 und bringt den ersten Punkt dieses Antrages als Änderungsantrag wie folgt ein:

Der bisherige Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt wird wie folgt aufgeteilt: Die Stadtplanung wird dem Bau- und Verkehrsausschuss zugeordnet, die Umwelt dem neu zu bildenden Schul- und Sportausschuss.

Bürgermeister Dzewas lässt zunächst über den vorstehenden Änderungsantrag von Rats herrn Haase abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 48

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag der Fraktion Lüdenscheider Liste abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 45

**9. Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 GemHVO
Vorlage: 038/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachstehenden

Beschluss:

Die Übertragungen von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit gemäß § 22 GemHVO mit den sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan 2010 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

10. Stellenplan

Zum vorliegenden Entwurf von Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2010 nehmen

Ratsherr Diller für die SPD-Fraktion (Anlage 1)

Ratsherr Fröhling für die CDU-Fraktion (Anlage 2)

Ratsherr Holzrichter für die FDP-Fraktion (Anlage 3)

Ratsfrau Tschöke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 4)

Ratsherr Skowasch-Wiers für die Fraktion DIE LINKE (Anlage 5 / lag bis zur Drucklegung nicht vor)

Ratsfrau Linnepe für die Fraktion Lüdenscheider Liste (Anlage 6)

Stellung.

10.1. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan 2010

Bürgermeister Dzewas lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

Nein-Stimmen: 29

Enthaltungen: 3

10.2. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag unter Berücksichtigung von zwei Ergänzungsvorschlägen ebenfalls zustimmen werde.

Zu Punkt 1 des Antrages sollten auch die Stellen, die zu 100 % refinanziert werden, von kw-Vermerken frei bleiben.

Der Punkt 4 des Antrages soll um nachstehenden Satz ergänzt werden:

Dabei ist auch aufzuführen, in welchem Umfang durch die Verselbständigung der ZGW Stellen bei den Querschnittsämtern entfallen und in welcher Höhe die bisherigen hohen Querschnittskosten gesenkt werden.

Bürgermeister Dzewas lässt über die einzelnen Punkte des Antrages abstimmen.

1. Im Stellenplan 2010 werden kw-Vermerke bei allen Planstellen angebracht, deren derzeitige Planstelleninhaber(innen) in 2011 altersbedingt ausscheiden. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Planstellen im Einsatzdienst der Feuer- und Rettungswache so wie für die gesetzlich vorgeschriebene Mindestbesetzung im Bereich der Kindertageseinrichtungen und zu 100 Prozent durch Dritte refinanzierte Stellen.

Bei darüber hinaus unterjährig freiwerdenden Stellen darf der Verwaltungsvorstand einer vorzeitigen Wiederbesetzung (also Ausnahme von der einjährigen Wiederbesetzungssperre im HSK) erst nach vorhergehender Unterrichtung des Hauptausschusses zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 2

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.06.2010 eine Übersicht über befristete Beschäftigungsverhältnisse und Praktikumsplätze einschließlich des jeweiligen Enddatums und der damit verbundenen finanziellen Belastung zu erstellen. Sofern seitens der Verwaltung die Fortführung für notwendig erachtet wird, ist dies zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Gutachten von Horváth & Partners vorgeschlagene Veränderung der Aufbaustruktur (Fachbereichsmodell) zu konkretisieren und bis spätestens 30.06.2010 den Fraktionen und übrigen Ratsmitgliedern zur Vorbereitung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 2

Zu 4.

Zunächst lässt Bürgermeister über den Ergänzungsvorschlag von der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 24
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 23

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verselbständigung der zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) in Richtung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zum 01.01.2012 vorzubereiten. Dabei ist auch aufzuführen, in welchem Umfang durch die Verselbständigung der ZGW Stellen bei den Querschnittsämtern entfallen und in welcher Höhe die bisherigen hohen Querschnittskosten gesenkt werden. Im III. Quartal 2010 ist dem Hauptausschuss über den Sachstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 2

5. Die Verwaltung wird beauftragt, erste Überlegungen zu einer möglichen Verselbständigung des Kulturhauses vor der Sommerpause 2010 im Hauptausschuss vorzustellen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 2

**10.3. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 224/2009**

**10.3.1. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010; 1. Ergänzung
Vorlage: 224/2009/1**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

**11. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 (einschl. Haushaltssicherungskonzept und Dringlichkeitsliste) inklusive Haushaltsplanberatung für Produkte, die keinem Fachausschuss zugeordnet sind
Vorlage: 013/2010**

Ratsherr Diller stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, den Punkt 3 „Kombination von 1. und 2.“ der Stellungnahme von Herrn Weippert zur Verringerung des Zuschussbetrags im Etat des Kulturhauses in Höhe von 20.000 € wie folgt zu ergänzen:

Denkbar ist auch eine Kombination der beiden Maßnahmen, z. B. Wegfall einer Veranstaltung im Musiktheater und Anhebung der Preise um **durchschnittlich** 0,50 €.

Des Weiteren stellt er den Antrag, zu Ziffer M88 „Aufgabenverdichtung im Bereich Sozialversicherung“ schnellstmöglich eine Orga-Untersuchung in diesem Bereich durchzuführen.

Ratsherr Fröhling weist noch einmal darauf hin, dass die CDU-Fraktion die Verringerung des Zuschussbetrages um 20.000 € für das Kulturhaus nicht mittragen werde. Dies sei auch gegenüber dem Kulturhaus so kurzfristig vor der Vorstellung des neuen Spielplanes unfair.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über die Anträge von Ratsherrn Diller abstimmen.

1. Ergänzung der Stellungnahme von Herrn Weippert um das Wort durchschnittlich im Punkt 3

„Kombination von 1. und 2.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	21

2. Orga-Prüfung im Bereich der Sozialversicherung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
-------------	----

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2010 einschließlich aller Anlagen und Änderungen abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachstehenden Beschluss

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010, das Haushaltssicherungskonzept sowie die Dringlichkeitsliste werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	2

12. Wechsel der Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Lisztstraße 45, Lüdenscheid Vorlage: 005/2010

In einer persönlichen Erklärung gegenüber Bürgermeister Dzewas erklärt sich Ratsherr Hoffmann für befangen und verlässt zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungsraum.

Ratsherr Skowasch-Wiers erkundigt sich, ob das vorhandene Personal von dem neuen Träger übernommen werde. Bürgermeister Dzewas erwidert, dass der Verwaltung diesbezüglich keine Informationen vorlägen.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Die Trägerschaft der Kindertageseinrichtung in der Lisztstraße 45 wird gemäß dem Votum der durchgeführten Elternbefragung zum 01.08.2010 dem „Trägerverbund der Tageseinrichtungen für Kinder im Ev. Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg“ (Evangelische Johannes-Kirchengemeinde) übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46
Nein-Stimmen: 2

**13. Entsendung der Mitglieder des Integrationsrates in die Ausschüsse der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 028/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachstehenden

Beschluss:

Folgende Mitglieder des Integrationsrates werden in die Ausschüsse der Stadt Lüdenscheid entsandt:

Ausschuss	Als Mitglied	Als Vertretung
Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt	Frau Tünsmeyer	Herr Demir
Bau- und Verkehrsausschuss	Herr Yaman	Frau Tünsmeyer
Beschwerdeausschuss	--	--
Jugendhilfeausschuss	Frau Middelhoff	Herr Yaman
Kulturausschuss	Herr Gülec	Herr Yaman
Schulausschuss	Herr Demir	Frau Middelhoff
Sozial- und Seniorenausschuss	Herr Yaman	Herr Demir
Sportausschuss	Herr Parlakoglou	Herr Gülec
Werksausschuss STL	Herr Demir	Herr Yaman

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Enthaltungen: 1

**14. Mitgliederversammlung 2010 des Städtetages Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 021/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Zur Teilnahme an der am 10. Juni 2010 stattfindenden Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen werden benannt:

a) **als Abgeordnete:**

Bürgermeister Dzewas

Ratsfrau Hertes

Ratsherr Dudas

Ratsherr Wilde

b) **als Gäste:**

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer

Den vom Rat benannten Abgeordneten und Gästen wird die Teilnahme an der Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen 2010 als Dienstreise genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

15. **Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Schlammabfuhrsatzung) vom 11.12.1992**
Vorlage: 250/2009
-

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt den Bericht zur Kenntnis.

16. **Erste Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet Lüdenscheid**
Vorlage: 037/2010
-

Beigeordneter Theissen führt aus, dass die Verwaltung es aus Gründen der rechtlichen Sicherheit für erforderlich gehalten habe, diese Vorlage einzubringen.

Aufgrund des Landeshundegesetzes bestand nach Auffassung der Verwaltung auch bisher Leinenzwang für Hunde im gesamten Stadtpark, da es sich um ein begrenztes Gebiet handele.

Weiterhin führt er aus, dass die Kontrollen sich in der Regel auf die befestigten Wege im Stadtpark, hierbei sei vor allem an den geteerten Weg oberhalb der Reiterwiese gedacht, sowie an die Reiterwiese selbst und die Waldbühne beschränken würden.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Die Erste Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet Lüdenscheid vom 18.11.2008 wird erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	6

17. **Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Sozial- und Seniorenausschuss**
Vorlage: 032/2010
-

- 17.1. **Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Bau- und Verkehrsausschuss, Beschwerdeausschuss und Sozial- und Seniorenausschuss/1. Ergänzung**
Vorlage: 032/2010/1
-

Ohne Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ratsfrau Britta Rogalske als ordentliches Mitglied anstelle der verstorbenen Ratsfrau Ulrike Kopp.

in den Beschwerdeausschuss:

Ratsherr Rüdiger Wilde als ordentliches Mitglied anstelle der verstorbenen Ratsfrau Ulrike Kopp.

in den Sozial- und Seniorenausschuss:

Ratsherr Rüdiger Wilde als ordentliches Mitglied anstelle der verstorbenen Ratsfrau Ulrike Kopp.

Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Sozial- und Seniorenausschuss:

Herrn Vassilios Gaitanidis anstelle des ordentlichen Mitgliedes Frau Andrea Herscher.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

18. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

18.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

18.2. Beantwortung von Anfragen

18.2.1. Wasserrohrbruch in der Turnhalle der Theodor-Heuss-Realschule

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn König in der öffentlichen Sitzung des Rates am 01.02.2010 ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

18.2.2. Vorübergehende Einbahnstraßenregelung in der Teutonenstraße aufgrund der aktuellen Schneelage

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Sager in der öffentlichen Sitzung des Rates am 01.02.2010 ist der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

18.3. Anfragen

18.3.1. Konjunkturpaket II; Verwendung der Mittel für Ausbesserung von Straßen

Ratsherr Biernadzki bezieht sich auf einen Pressebericht vom 12.03.2010 in den Lüdenscheider Nachrichten, in dem der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen mitgeteilt habe, dass es zulässig sei, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II auch für die Ausbesserung von Straßen zu verwenden. Er fragt an, warum in Lüdenscheid die Mittel nicht hierfür eingesetzt werden könnten.

Herr Walker beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Rechtslage sieht vor, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nur für investive Maßnahmen und im Bereich des Straßenbaus hier auch nur für Lärmschutzmaßnahmen, wie den Einsatz von Flüsterasphalt, eingesetzt werden dürften. Dies bedeute, dass für reine Unterhaltungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Beseitigung von Schlaglöchern, aus diesem Programm keine Mittel zur Verfügung stünden.

18.3.2. Versorgung der Obdachlosen während der starken Schneefälle

Ratsfrau Schwarz fragt an, in welchem Umfang die Obdachlosen während der starken Schneefälle in Lüdenscheid versorgt worden seien und ob es hierbei eventuell zu Problemen gekommen sei.

Bürgermeister Dzewas sagt eine Beantwortung für die nächste Fachausschuss-Sitzung zu.

18.3.3. Lob an den STL für die schnelle Beseitigung von Schlaglöchern

Ratsherr Haase spricht ein Lob für den STL aus.

Er habe am Tag nach der Sitzung des Hauptausschusses am 01.03.2010 vormittags um 11:00 Uhr beim STL angerufen und verkehrsgefährdende Schlaglöcher in den Straßen mitgeteilt.

Am gleichen Tage um 14:00 Uhr wären die Schlaglöcher bereits beseitigt gewesen.

Dzewas
Vorsitzender

Marré
Schriftführerin